

Gespräch mit der Presse und der Verwaltung der Stadt Karlsruhe gesucht. Eine Situation wie die durch das Free Floating (Parken wo man möchte) der E-Scooter-Verleihunternehmen darf es nicht mehr geben, da diese zu signifikanten Mobilitätseinschränkungen – nicht nur von Menschen mit Behinderungen – führt. Der BMB erwartet ein Urteil des Verwaltungsgerichts Münster zum Thema Free Floating, dieses Urteil wird Auswirkungen auf den Umgang der Kommunen mit den unübersichtlichen Parksystem der Verleihfirmen von E-Scootern haben. Am 12. April 2021 erschien in den Badischen Neuesten Nachrichten ein Artikel über die Arbeit des Beirates zu dieser Thematik. Wir bleiben auch in der Zukunft an einer klaren Parkregelung für E-Scooter dran.



Abbildung 8: Schlecht geparkte E-Scooter sind Stolperfalle für Geh- und Sehbehinderte in Karlsruhe (bnn.de): bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/innenstadt/geparkte-e-scooter-stolperfalle-gehbehinderte-und-sehbehinderte-karlsruhe

Barrierefreier Ausbau der Turmbergbahn

Die Kommunale Behindertenbeauftragte Ulrike Wernert und der BMB setzten sich im Jahr 2021 für den barrierefreien Ausbau der Turmbergbahn ein. Hierbei führten Ulrike Wernert und der Vorsitzende des BMB Artur Budnik Gespräche mit den Mitgliedern des Ortschaftsrates Durlach und später mit der Bürgerinitiative Zukunft Turmbergbahn e.V. Klar ist und bleibt: Wir sind für einen barrierefreien Ausbau der Turmbergbahn und haben uns dazu in folgender Pressemitteilung geäußert:

Große Nachfrage nach barrierefreiem Wohnraum in der Stadt

Nach wie vor regelmäßig erreichen mich auch Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die barrierefreien Wohnraum suchen. Offenbar ist der Bedarf groß und wird in Zukunft auch aufgrund der demografischen Lage weiter steigen. Ich vermittele weiterhin den Kontakt zu Wohnungsbauträgern und -Genossenschaften.

Auf eine Fraktionsinitiative wird die Arbeitsgemeinschaft „Inklusives Wohnen“ ins Leben gerufen. Koordiniert von der Sozialplanung der Sozial- und Jugendbehörde sind der Beirat für Menschen mit Behinderungen, die Volkswohnung und die Kommunale Behindertenbeauftragte beteiligt. Neben der Darstellung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen an barrierefreien Wohnraum über das in der Landesbauordnung vorgeschriebene Maß hinaus ist es ein Ziel der AG, Anbieter und Wohnungssuchende zum Beispiel auf einer digitalen Plattform zusammen zu bringen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Verlängerung Turmbergbahn

Das bereits beschlossene Bauvorhaben führte in Karlsruhe und besonders in Durlach zu Diskussionen. Es formierte sich eine Initiative gegen die Form des geplanten barrierefreien Ausbaus.

Auf Einladung des Stadtamts Durlach kam es zu einem ersten Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Ortschaftsrats und der Ortsvorsteherin, zu dem ich mir die Unterstützung des Vorstands des Beirates für Menschen mit Behinderungen holte.

Eine gemeinsame Presseerklärung des Beirates positionierten wir uns für die geplante Form des barrierefreien Ausbaus.

Daraufhin folgte eine Einladung der Initiative gegen den Ausbau der Bahn, die wir auch annahmen. Wir machten deutlich, dass es mit entsprechenden Maßnahmen (Blindenleitsystem, Einhaltung der DIN – Normen) für uns keine Gründe gibt, die gegen den geplanten Ausbau sprechen.

Parallel nahm ich auf Einladung der KVV an einem Workshop teil, in dem es um die konkrete Ausstattung der Bahn im Innenraum ging. Barrierefreiheit, Sicherheit und Ausstattungsmerkmale standen dabei im Vordergrund.

VBK-Routine

Um den barrierefreien Ausbau von Straßenbahnhaltestellen im Stadtgebiet geht es in der VBK-Routine Runde. Der aktuelle Stand der Bauvorhaben wird dort regelmäßig besprochen. Die regelmäßige Teilnahme an diesen, im Jahr 2021 ausschließlich digitalen Treffen macht es mir möglich, diesbezügliche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten. Geduld